

Bildung aktuell

JKU-Lockdown-Studie

Elternumfrage zu „Schule im 3. Lockdown“

Dass bei vielen Eltern und Schülern während des Lockdowns angesichts Homeschooling, Doppelbelastung und permanenter Planungsunsicherheit die Nerven blank lagen, ist bekannt. Nun legt die Abteilung für Bildungsforschung der School of Education der Johannes Kepler Universität Linz unter der Leitung von Christoph Helm erstmals eine detaillierte Analyse aus Sicht der Betroffenen in Form einer repräsentativen Elternbefragung vor. Rund die Hälfte der Eltern gab an, mit ihren Kräften am Limit

zu sein, kaum noch Zeit für sich selbst zu haben und die erneuten Schulschließungen als große psychische Belastung wahrzunehmen. Rund 4 von 10 Eltern stritten zudem häufiger als sonst mit ihren Kindern. Ein Viertel schätzt die Qualität des Fernunterrichts im Jänner hoch ein, nannte aber das selbstständige Lernen eine Herausforderung für die Kinder. Und während rund ein Drittel der Eltern die Schulschließung als richtige Maßnahme im Kampf gegen die Pandemie einschätzt, lehnt die Hälfte der Eltern diese ab.

Neues Uni-Regelwerk passiert Ausschuss

Die Novelle zum Universitätsgesetz (UG) hat am Mittwoch mit den Stimmen der Koalitionsparteien den Wissenschaftsausschuss des Nationalrats passiert. Aufgrund der drohenden Ablehnung des Regelwerks im Bundesrat wurden die geplanten Eintrittstests für den Besuch von Präsenzveranstaltungen und -prüfungen aus der eigentlichen Novelle herausgelöst und extra beschlossen. Die UG-Novelle sieht unter anderem ab 2022/23 die Einführung einer Mindeststudienleistung für Studienanfänger von 16 ECTS-Punkten innerhalb der ersten vier Semester vor.

Für mündliche Matura

AHS-Lehrer wollen Schülern aber entgegenkommen

An den Oberstufen gab es in diesem Schuljahr nur an rund der Hälfte der Unterrichtstage normalen Präsenzbetrieb, die psychische Belastung durch den coronabedingten Fernunterricht ist laut Studien groß. Schülervertreter drängen daher darauf, dass die mündliche Matura freiwillig sein muss. Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) will heute ein neues „Maßnahmenpaket für die Abschlussklassen“ bekanntgeben. „Ein Entgegenkommen halte ich für gut“, zeigt AHS-Lehrer-

gewerkschafter Herbert Weiß (FCG) Verständnis für die Lage der rund 40.000 Maturantinnen und Maturanten. Hier sei auch schon einiges passiert. „Ich würde deshalb aber nicht die mündliche Matura streichen.“ Immerhin gebe es gerade bei diesem Teil die Möglichkeit, auf die speziellen Rahmenbedingungen des aktuellen Schuljahres einzugehen. Auch BMHS-Lehrervertreter Roland Gangl sieht die Forderung nach einer Streichung der mündlichen Matura skeptisch.



Ringens um Macht bei der „BVAEB“

Die SPÖ drängt die Regierung zur Reparatur der verfassungswidrigen Gremien der Sozialversicherung für Beamte, Eisenbahn und Bergbau (BVAEB). Der Hintergrund des Konflikts ist die Frage, wer die Vertreter der Versicherten in der Sozialversicherung nominieren darf. Türkis-Blau legte fest, dass Arbeitnehmervertreter zwar von den für Beamte, Eisenbahner und Bergleute zuständigen Gewerkschaften vorgeschlagen, aber vom Gesundheitsministerium bestellt werden. Die Bestellung der Versichertenvertreter muss laut VfGH aber „aus dem Kreis dort gewählter Funktionsträger der zuständigen öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer“ erfolgen. Für Eisenbahner und Bergleute wäre das die Arbeiterkammer. Durch den von Gesundheitsminister Rudolf Anschöber (Grüne) vorgelegten Reparaturvorschlag laut würde sich laut „TT“ das Gewicht zur SPÖ verlagern und die Grünen würden zwei der bisher von der FPÖ entsandten Regierungsvertreter, also quasi Arbeitgebervertreter, bestellen. Somit gäbe es statt fünf türkisen, zwei blauen und drei roten Vertretern künftig je vier Türkise und Rote sowie zwei Grüne in der Beamtenversicherung.

Foto: wutzkoh – adobe.stock.com

Falsche Erwartungen bei privater Versicherung

Medizinisch darf es keine Unterschiede geben

Rund 3,3 Millionen Menschen in Österreich haben eine private Krankenversicherung, zumeist als „Zusatzversicherung“ für den Fall eines Spitalsaufenthaltes. Teilweise falsche Erwartungen der Patienten und finanzielle Restriktionen der Versicherungen führen zu Diskussionen. Darauf wurde vor einigen Tagen bei einem Online-Symposium des in Wien gegründeten „Vereins der Belegärzte“ verwiesen. Die Auswahlmöglichkeit bezüglich des behandelnden Arztes durch den Privatversicherten sei der größte Unterschied zur Be-

treuung von Patienten ohne private (Zusatz-)Krankenversicherung in öffentlichen Spitälern. Medizinisch selbst darf aber kein Unterschied zwischen einer Behandlung in einem öffentlichen Krankenhaus und in einem Belegspital bestehen. „Wir als Belegärzte wollen die Anliegen unserer Patienten vertreten. Nicht die Ökonomie soll bestimmend sein, sondern unsere ärztliche Verantwortung und die von uns in der täglichen Arbeit umgesetzten ethischen Verpflichtungen“, sagt Vereinspräsident Christoph Zielinski.